

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/107: 24.02.1962 – 10.10.1963

1962

Schweigen ist die Ehre der Sklaven.

Publius Cornelius Tacitus (55-120, römischer Historiker)

10.01.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 1/1962 berichtet am 10. Januar 1962 über die Freimaurer: >>**FREIMAURER: Im Labyrinth der Logen**

Nach seiner ersten Rede vor dem Genfer Völkerbund führte der damalige Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, seine rechte Hand bis etwa zur Höhe seiner linken Brust und strich dann schräg über sein Jackett bis zum rechten Hosenbein. Indem er das Zeichen des Winkelmaßes andeutete, gab sich der deutsche Außenminister als ein "Meister vom -Stuhl" in der Hierarchie des internationalen Ordens der Freimaurer zu erkennen.

Von einer solchen Stresemann-Geste berichtet jedenfalls eine Chronik des zeitgenössischen Freimaurertums, die sich einer erdachten Rahmenhandlung wegen "Roman" nennt. Verfasser der Indiskretionen über prominente Adepten der auch von Goethe praktizierten "Satans-Religion" - so Papst Leo XIII. (1878 bis 1903) - ist der Jesuitenzögling und Skandal-Autor Roger Peyrefitte, der sich bisher in Chroniken und Schlüsselromanen mit dem Diplomatenmilieu, dem römischen Klerus. ("Die Schlüssel von Sankt Peter"), dem Malteser-Orden und sokratischen Freundschaftsbünden beschäftigt hatte. In allen diesen Büchern waren die Resultate sorgfältiger Recherchen mehr oder minder getarnt und romanhaft verkleidet worden.

Peyrefitte arbeitete drei Jahre lang in gemeinhin unzugänglichen Archiven der Freimaurer-Logen, bevor er seine Notizen - fünfzehn vollgeschriebene Schulkladden - zu einem Buch verarbeitete, das in Paris unter dem Titel "Die Söhne des Lichts" erschienen ist. Der Buchtitel bezieht sich auf das Johannes-Evangelium, das in bildlicher Sprache die Begriffe "Licht" und "Finsternis" benutzt und dem sich eine gewichtige Gruppe der Freimaurer besonders verpflichtet fühlt.

Zu den "Söhnen des Lichts", so berichtet das Buch, gehörten außer Stresemann noch andere Staatsmänner und Politiker der jüngsten Geschichte oder Gegenwart, so zum Beispiel Roosevelt und Truman, die in ihren Logen die höchsten Grade der Freimaurer-Würde erkletterten. Auch Churchill, Eisenhower, Mendès-France, der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Präsident des französischen Senats, Monnerville, gelten in der Internationale der Freimaurer als "Brüder".

Autor Peyrefitte, wie in früheren Büchern durch den autobiographischen Helden Georges Sarre repräsentiert, gibt sich, um seine Freimaurer-Forschung zu motivieren, als "Lehrling" der Pariser Loge "Die Neun Schwestern" (Schlüsselname für die Loge "Aufrichtigkeit und Treue") aus und stellt noch eine andere romanhafte Beziehung zur Freimaurerei her. Die Diplomaten-Tochter Francoise, die von Peyrefittes literarischem Double Georges Sarre in einem früheren Buch verführt und dann anderweitig verheiratet worden war und die in den "Söhnen

des Lichts" zu Sarre zurückkehrt, empfängt, obwohl praktizierende Katholikin, ihre Weihe in der Pariser Frauenloge "Isis".

Obleich Papst Klemens XII. (1730 bis 1740) durch seinen Bannfluch die Freimaurer "für alle Ewigkeit" aus der katholischen Kirche ausgeschlossen hatte, sei die Kirche heute, so läßt sich Peyrefitte-Sarre belehren, toleranter gestimmt. Sarre, wie sein Autor Peyrefitte Jesuitenschüler, trifft unter den Freimaurern seinen alten Lehrer Père de Trennes wieder, einen Jesuitenpater, der inzwischen heimlich die Freimaurer-Weihen empfangen hat. Von ihm erfährt Sarre, daß Freimaurer eine Exkommunizierung kaum noch zu befürchten haben; allenfalls werde ihnen ihr Beichtvater besondere Gebete auferlegen.

Der Pater zieht aus seiner Brieftasche eine vergilbte Photographie, die den Kardinal Mastai-Ferretti, den späteren Papst Pius IX., in einem Sessel sitzend zeigt, über seinem Kardinalsmantel trägt er das Band eines Logen-Meisters.

Das kompromittierende Bild, so erfährt der Held Peyrefittes, sei zwar eine Fälschung, aber das Gerücht, daß Pius IX. die Maurer-Weihe empfangen habe, wolle bis heute nicht verstummen; es sei sogar in der verbreiteten französischen Enzyklopädie "Larousse" verzeichnet gewesen. "Die Seligsprechung dieses Papstes", so heißt es in den "Söhnen des Lichts", "zieht sich sonderbarerweise in die Länge - obschon seine Wunderwerke kaum zu zählen sind und obschon er das Dogma der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte." Vom gegenwärtigen Papst Johannes XXIII. behauptet Peyrefitte, er habe, als er noch Nuntius in Paris war, gute Beziehungen zu prominenten Maurerbrüdern unterhalten.

Der Autor beruft sich dabei auf das Zeugnis des Barons Marsaudon, der, obwohl Maurer höchsten Grades und Mitglied des obersten französischen Logenrates, nach dem letzten Kriege dem Gesandten-Posten des vom Vatikan protegierten Malteser-Ritterordens übernahm.

Mit dem päpstlichen Nuntius Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., so behauptet der Baron Marsaudon bei Peyrefitte, habe er lange Gespräche über die Symbolik des Johannes-Evangeliums, des "Evangeliums des Lichtes", geführt. In Erinnerung an diese nächtlichen Gespräche habe der Kardinal Roncalli, als er zum Papst gewählt worden war, den Namen Johannes angenommen, versichert der Baron.

Der Baron Marsaudon erzählt auch die Details einer Audienz, die ihm Johannes XXIII. gewährt habe: "Ich kniete vor ihm nieder, um vom Papst den Segen zu erbitten, den mir der Nuntius erteilt hatte ... Dann bat ich ihn, in meiner Person alle (Freimaurer-) Brüder zu segnen, die so dächten wie ich. Er war einverstanden. Ich bat ihn ferner, alle jene Brüder zu segnen, die nicht so dächten wie ich. Er war einverstanden. 'Heiliger Vater', rief ich aus, 'der Bannfluch ist aufgehoben!' - 'Nein', sagte er lächelnd, 'aber du, mein Sohn, erhebe dich'."

Peyrefitte läßt seinen Helden eine Bildungsreise in das Labyrinth der französischen Logen unternehmen. Unter seinem Pseudonym Georges Sarre beruft sich Peyrefitte dabei augenzwinkernd auf seine eigenen früheren Bücher, die dem Helden Sarre auch solche Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben. "Er wußte schon so viel", sagt ein früherer Abgeordneter der Radikalen namens Leblond (Schlüsselname für den ehemaligen Abgeordneten Charles Hernu) über Sarre, "daß es kaum noch etwas zu verbergen galt."

Der Abgeordnete Hernu alias Leblond gilt als Bewunderer des Maurers Mendes-France und des Schriftstellers Peyrefitte, der schon früher an ihm beim Händeschütteln jene kitzelnde Vibration eines Fingers verspürte, mit der sich die Logenbrüder untereinander zu erkennen geben. Hernu gehörte zum antiklerikalen Flügel der französischen Freimaurer, zur Loge "Groß-Orient", die wegen ihrer atheistischen Tendenz von der orthodoxen "Groß-Loge von Frankreich" als "irregulär" bekämpft wurde.

Auch Mendes-France, so erfährt der Held Peyrefittes, gehörte dem "Groß-Orient" an - bis ihm nach dem Kriege ein peinlicher Zwischenfall die Freude am Tempeldienst verleidete. Nacheinander erschienen drei Maurer-Rechercheure in seiner Wohnung, um - wie auch bei anderen

Logenbrüdern - seine Haltung im Kriege zu überprüfen.

Der erste, so behauptet der Autor der "Söhne des Lichts", verlangte von dem damaligen Wirtschaftsminister de Gaulles ein polizeiliches Führungszeugnis, zwei Lichtbilder und eine eidesstattliche Versicherung, daß er die Vichy-Regierung "weder materiell noch moralisch" unterstützt habe. Der zweite wiederholte die Prozedur, ohne sich um die Einwände des Bruders Mendes-France zu kümmern. Den dritten, der sich anschickte, die gleichen Wünsche zu äußern, so heißt es, setzte Mendes-France "brüderlich-herzhaft" vor die Tür.

Peyrefitte widerspricht der Legende, daß die profilierten Politiker der III. Republik, Clemenceau, Briand, Herriot, Blum und Daladier, Freimaurer gewesen seien: Von ihnen hätte sich Briand bei einer radikal orientierten Loge in Saint-Nazaire nur beworben, sei jedoch zurückgewiesen worden; Herriot habe das gleiche bei einer gemäßigten Loge in Lyon erleben müssen.

Zur Zeit der Volksfront befanden sich in der französischen Deputiertenkammer allerdings 250 Freimaurer; in der letzten Legislaturperiode der - IV. Republik war ihre Zahl auf rund hundert zusammengeschmolzen, und im De-Gaulle-Staat gibt es - nach Auskunft des Chronisten Peyrefitte - nur noch rund zwanzig Deputierte, die sich auf Brüderart die Hand schütteln.

Eine der ersten Handlungen der provisorischen Exil-Regierung de Gaulles während des Krieges war indes die Aufhebung des Logen-Verbots, das von der Vichy-Regierung erlassen worden war. De Gaulle habe - nach Peyrefitte - die internationale Aktivität der französischen Freimaurer begünstigt, indem er zum Beispiel den "souveränen Groß-Kommandeur" des französischen Logenrates Raymond, 1945 nach Amerika entsandte, damit er bei der Weihe Präsident Trumans zum Maurer der höchsten (33.) Stufe zugegen sein konnte.

Äußere Erkennungszeichen entdeckte der Autor der "Söhne des Lichts" nur bei den unteren Graden der Logenbrüder; die wirklich "Eingeweihten", erläutert er, pflegten ihre Logenzugehörigkeit eher diskret zu behandeln.

Ein Jesuitenpater belehrt Sarre, daß es wahrscheinlich in der Maurer-Hierarchie "unbekannte Obere" gebe, die sich von den Logen fernhielten - einen mysteriösen "Rat der Weisen", der die Freimaurer, mehr als sechs Millionen Logenangehörige, ohne Wissen der Majorität dirigiere und dessen Sitz "etwa" New York sein könne. "Im übrigen ist das Freimaurertum ein Chamäleon, das alle Farben annimmt", erläutert der Jesuit, "eine Hydra, der kein Herkules jemals alle Köpfe abschlagen wird."

In Frankreich hatte sich während des Krieges der Marschall Pétain dennoch an diese Herkules-Arbeit herangewagt; er ließ in Vichy eine Stelle zur Bekämpfung von "Geheimgesellschaften" einrichten, die von Admiral Platon geleitet wurde. Pétain, der den Freimaurern nicht verzieh; 'daß sie ihn einst auf eine "schwarze Liste" gesetzt hatten, machte sie bereits in seiner ersten Proklamation für die Niederlage der französischen Armee verantwortlich - nach dem Beispiel Ludendorffs, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer ähnlichen Beschuldigung die "Ehre der deutschen Armee" hatte retten wollen.

Während des Zweiten Weltkriegs, so läßt sich Georges Sarre berichten, habe ein Beauftragter der deutschen Sicherheitsbehörden, die in der Freimaurerei einen Hort international-jüdischer Weltverschwörung sahen, den französischen Präfekten Riandey zu sich bestellt, der nicht nur Mitglied des obersten französischen Logenrates, sondern obendrein ein Spitzenfunktionär der Résistance gewesen sei.

Zur Überraschung Riandey's, der mit seiner Verhaftung rechnete, habe ihn der deutsche Beauftragte aber nur nach Logen-Verbindungen prominenter Personen des deutschen Besatzungsregimes gefragt, zum Beispiel wegen des Botschafters Abetz, des Generals von Stülpnagel und sogar wegen des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Der Wahrheit entsprechend habe der Präfekt dementiert, daß Stülpnagel oder Ribbentrop zu Freimaurern Beziehungen unterhalten hätten; Abetz dagegen sei vor dem Kriege Gast bei der Pariser. "Goethe-Loge"

gewesen.

Als Erfinder jenes "V-Zeichens" - der im Winkel auseinandergestellten Zeige- und Mittelfinger -, mit dem Winston Churchill im vergangenen Weltkrieg die Endsieg-Erwartungen der Engländer symbolisierte, stellt Peyrefitte einen englischen Freimaurer vor, den Maler und Schriftsteller Aleister Crowley. Crowley, der dem Premier Churchill diese Geste beibrachte, habe aber nicht den Anfangsbuchstaben des Wortes victory (Sieg) gemeint, sondern die Hörner des Teufels, die er als mystisches Gegenzeichen zum Hakenkreuz wirken lassen wollte. Nach Kriegsende ließ Crowley Porträt-Karten von sich verteilen, auf denen er im Stile Churchills eine dicke Zigarre raucht. Die Unterschrift: "Der Erfinder des V-Siegeszeichens."

In einer Weihe-Prozedur wird Peyrefittes Held Georges Sarre in die Traditionsloge "Die Neun Schwestern" aufgenommen - in die Loge "Aufrichtigkeit und Treue", deren Mitglied Voltaire 1778, wenige Wochen vor seinem Tode, geworden war und der auch, Benjamin Franklin angehörte.

Peyrefittes Double-Sarre, im Smoking und mit verbundenen Augen, wird in den Logentempel geführt und einem Verhör unterzogen. Dann muß er bei Musik, die von Mozart zu Wagner wechselt, drei symbolische "Reisen" unternehmen, in die Stadien Kindheit, Jugend und Reife. Auf der letzten dieser Reisen - Stolper-Promenaden im Kreise der Brüder - besteht er die "Feuerprobe", indem seine Hand über einen elektrischen Heizofen gehalten wird.

Der "Meister vom Stuhl" fordert ihn schließlich auf, den Maurer-Schwur zu leisten; die Hand des Peyrefitte-Doubles ruht dabei auf der ersten Seite des Johannes-Evangeliums einer aufgeschlagenen Bibel; neben der Bibel liegen die Maurer-Attribute Winkelmaß, Zirkel und Schwert. Bei den Worten "Es werde Licht!" wird dem Adepten die Binde abgenommen; der Tempel ist hell erleuchtet, und der Meister nennt den Peyrefitte-Geweihten zum erstenmal "Bruder".

"Trotz seines Sinns für das Komische", deutet der Autor die Empfindungen seines Helden, "entdeckte er in den Riten der Maurer nicht mehr Komik als in den Riten der Kirche."

Roger Peyrefitte: "Les Fils de la Lumière". Editions Flammarion, Paris ...<<

24.02.1962

BRD: Der "Evangelische Pressedienst veröffentlicht am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengelassen müssen. ...

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

02.04.1962

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter sind u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/91-94): >>1. Die Verfasser betonen im ersten Absatz des außenpolitischen Teils, niemand erwarte von der Bundesregierung, daß sie Ansprüche verschenke. ...

Sie fallen aber – wie es auch allgemein aufgefaßt wird – der Politik der Bundesregierung in den Rücken, indem sie das stalinistische Ulbricht-Regime unter Einbeziehung Ost-Berlins als

selbständigen Staat anzuerkennen bereit sind.

Sie treten – weil dieses in ihren Augen nur ein "nationales Anliegen" ist – nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat in unmenschlicher Weise vertrieben wurden. Sie treten ferner nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der unter kommunistischem Joch in Unfreiheit lebenden osteuropäischen Völker.

Wir meinen:

Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...

2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor. Sie versprechen sich davon einerseits ein besseres Verhältnis zum kommunistischen Polen, andererseits hoffen sie, dadurch den sowjetischen Einfluß auf Polen schwächen zu können.

Wir meinen:

Eine deutsche Ostpolitik kann nicht allein aus dem Blickwinkel des Verhältnisses Deutschlands zu Polen betrachtet werden. aber auch hierbei unterliegen die Verfasser des Memorandums einem Wunschenken, das durch keine Tatsachen gerechtfertigt ist. Tatsächlich beherrscht der Kreml das Warschauer Regime. ...

Allem Wunschenken sei die Ansicht Gomulka-Polens entgegenzuhalten, die im Regierungsblatt des polnischen kommunistischen Regimes, der "Zycie Waszawy" wiedergegeben ist:

"Es gibt heute in Europa Politiker, die sich einbilden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Westen werde zu einer Lockerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Diese Spekulationen können mit einem Wort bezeichnet werden: Irrtum!"

Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...

Jede irgendwie geartete "Verzichtspolitik" auf deutsches Land fordert zum schärfsten Protest von Millionen deutschen Heimatvertriebenen heraus. ...

7. Keiner der Unterzeichner des Memorandums ist von irgendeiner Stelle der evangelischen Kirche zu der von ihnen abgegebenen Stellungnahme legitimiert. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...

Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat:

"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes

und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

Der deutsche Historiker Manfred Kittel berichtet später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "neue Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren" (x879/37-50): >>Die Schlesier und die Ostpreußen würden "zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert"; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe "im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr".

Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung.

Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Bewußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, "das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung Phylozyd" belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem "keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr" und ihre Sprachen "haben aufgehört zu existieren".

Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren "immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden" sei. Aber kann man das wirklich so sagen?

Fragen wir uns vielleicht zunächst: Wie entsteht überhaupt das "kollektive Gedächtnis" einer Nation. Der französische Soziologe und Philosoph Maurice Halbwachs würde sinngemäß antworten: Jede Gesellschaft konstruiert sich die Vergangenheit, die sie für ihr Selbstbild braucht, und zwar je nach den Anforderungen der Zeit in verschiedener, sich unter Umständen sehr stark wandelnder Weise, bei Bedarf auch auf dem Wege von "Ausblendungen, Schnitten und Projektionen ...".

Bezogen auf die Erinnerung an die Vertreibung hieße das: Während des existenzbedrohenden Kalten Krieges gegen den kommunistischen Sowjetblock - und das bedeutete eben auch: gegen die Hauptopfer des NS-Rassenwahns und zugleich gegen die Haupttäter der Vertreibung - bestand in der Bundesrepublik politischer Anlaß, die (ost-)deutschen Leiden und Opfer herauszustreichen, die von Deutschen selbst an "Fremden" im Osten begangenen Verbrechen dagegen nicht so sehr in den Mittelpunkt zu rücken.

Dazu gehörte es prinzipiell auch, die nach wie vor beanspruchten, von Polen und der UdSSR nur "verwalteten" Ostgebiete des Deutschen Reiches so gut wie möglich im kollektiven Gedächtnis der Nation zu bewahren. Zwischen jener ersten Phase ostdeutscher "Vergangenheitsbewältigung" in der kältesten Zeit des Kalten Krieges, in den 1950er Jahren, und der dann folgenden Phase, in den zunehmend von "Entspannungspolitik" geprägten 1960er- und vor allem 1970er Jahren, gibt es offensichtlich einen qualitativen Unterschied.

Man muß dabei aber, mehr als das bisher geschieht, klar zwischen den 1960er und den 1970er Jahren unterscheiden. Erinnerungskulturell waren das zwei ganz verschiedene Komplexe. Für die 60er Jahre, so wird man sagen können, ist die These von der "Vertreibung aus der Erinnerung" wohl kaum zu halten. Gewiß, das ostpolitische Klima in der bundesdeutschen Gesellschaft begann sich damals, nach dem Bau der Berliner Mauer, tiefgreifend zu wandeln, und viele machten nun Anstalten, sich geistig im Status quo einzurichten. Ich nenne nur den Verleger von *Zeit* und *Stern*, Gerd Bucerius.

Nach schweren Zerwürfnissen mit dem alternden Kanzler Adenauer und der CDU hatte er 1962 sein Bundestagsmandat niedergelegt und die CDU verlassen. Was danach geschah, liest sich in einem - sehr zugespitzten - Rückblick des *Deutschen Ostdienstes* wie folgt: "Er (Buce-

rius, M. K.) und kein anderer befahl 'Stern' und 'Zeit' im Jahre 1962 den Kurswechsel von rechts nach links ... Das gilt auch für die Kehrwendung dieser Blätter in der Deutschland- und Vertriebenenpolitik ..."

Die "flinken Lehrlinge der Nannen-Schule" spurteten in jenen Jahren gen Osten und brachten die Kunde, "daß die Vertriebenen besser daran täten, auf Rückkehr zu verzichten, bei den Fleischtöpfen der Bundesrepublik zu verbleiben" und die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen.

Falsch an dieser Sicht ist die Fixierung auf das Jahr 1962, tatsächlich begann das Umdenken, nicht nur bei Bucerius, schon früher, Ende der 50er Jahre. Zutreffend aber ist, daß die Vertriebenen nun in *Stern* und *Zeit*, und nicht nur dort - sagen wir es vornehm - rasch zu einer Art Lieblingsgegner wurden. Und für den *Spiegel* waren sie das schon länger gewesen.

So charakterisierte etwa "Telemann", der Fernsehkritiker des *Spiegel*, nach einer Sendung im Mai 1960 den dort aufgetretenen langjährigen Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft Baron Manteuffel-Szoego mit den Worten: Diesem seien "in Hinterpolen mehr Hektar Land enteignet worden, ... als seine Bauern Läuse auf dem Kopf hatten". Auch andere mediale Plädoyers für eine neue Ostpolitik enthielten diese - manchmal fast hämisch wirkende - Distanz gegenüber der deutschen Geschichte im Osten Europas. Und daß dies gesellschaftlich folgenlos geblieben wäre, läßt sich schwerlich behaupten. So mancher, der in diesen Jahren die Schulbank drückte, erinnert sich eines Studienrates, der sein Urteil über die Vertreibungsgebiete vor allem aus einem Hamburger Nachrichtenmagazin bezog.

Einflußreicher aber noch war sicher das neue, faszinierende Medium Fernsehen. Dort fochten sozialliberale Journalisten in Dutzenden Sendungen, nicht nur im WDR und HR, oft genug übrigens auch im Bayerischen Rundfunk, vehement für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Wie abenteuerlich mitunter argumentiert wurde, dokumentiert eine NDR-Sendung aus dem Jahr 1968, nachdem de Gaulle die oberschlesische Stadt Hindenburg als die "polnischste aller polnischen Städte" titulierte hatte. Zustimmung hieß es dazu im NDR, die Deutschen hätten in Hindenburg tatsächlich nichts verloren, schließlich sei die Stadt erst in den 1740er Jahren von den Preußen erobert worden.

Sicher muß man andererseits sehen, daß es auch eine Marion Gräfin Dönhoff gab, die Ostpreußerin, die noch 1962 ein bewegendes Erinnerungsbuch ("Namen, die keiner mehr nennt") vorgelegt hatte. In der *Zeit*, deren politisches Ressort sie verantwortete, zeigte sie sich ebenfalls immer wieder darum bemüht, daß der prinzipiell notwendige ostpolitische Wandel nicht allzu viele erinnerungskulturelle Kollateralschäden anrichtete. ...

Als besonders wichtiges Beispiel genannt sei zumindest noch die berühmte Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahr 1965. Als ob es nicht genug andere Argumente für eine Respektierung der Oder-Neiße-Linie gab, strapazierte die Denkschrift auch noch die historisch ziemlich schiefe These von der polnischen Westverschiebung als bloße Kompensation für den Gebietsverlust im Osten. Churchills Streichhölzer aus Teheran ließen schön grüßen. Tatsächlich aber waren aus den deutschen Ostgebieten fünfmal so viele Menschen vertrieben worden wie aus den polnischen. Und wie wollte man - mit dem SPD-Vertriebenenpolitiker Wenzel Jaksch zu reden - überhaupt "glaubhaft machen, daß die dünnbesiedelten Pripjetsümpfe gegen das blühende Schlesien eingetauscht werden mußten"?

Die EKD-Denkschrift zeigt ebenso wie die oben genannten Beispiele: Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß wichtige Teile der Gesellschaft, der Medien, auch der intellektuellen Milieus, bereits in den 60er Jahren eine Tendenz erfaßte, die Geschichte des "deutschen Ostens" und seines Untergangs entspannungspolitisch zu deuten und dabei nötigenfalls auch polnisch- oder tschechisch-nationale Argumente einseitig aufzugreifen.

Dennoch sah das Gesamtbild der Erinnerungskultur noch sehr ambivalent aus. Zum einen wegen der auflagenstarken Springer-Presse, die ostpolitisch deutlich dagegen hielt; vor allem aber deshalb, weil in den 60er Jahren noch beide große Volksparteien, CDU/CSU wie SPD,

meinten, die Millionen Stimmen der Heimatvertriebenen nur gewinnen zu können, wenn sie auch ein enges Verhältnis zu deren Organisationen pflegten.

Es galt ja, sich die Erbmasse u.a. des Blockes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zu sichern, der nach der erfolglosen Fusion mit der Deutschen Partei 1961 weiter zerfiel. Und dabei schien die SPD - es waren die Jahre nach ihrer Wende von Bad Godesberg - die CDU anfangs auf der rechten Spur überholen zu wollen.

Welch weiten Weg die SPD aber dann innerhalb dieser Dekade des ostpolitischen Übergangs zurücklegte, das läßt sich schon an zwei, drei markanten Ereignissen aufzeigen: Ich nenne die Rede zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1968, gehalten von eben jenem Willy Brandt, der noch 1961 auf dem Schlesiertag Kanzler Adenauer die Schau gestohlen hatte, indem er persönlich an der Spitze der Berliner Schlesierjugend unter wehenden Fahnen auf das Kundgebungsfeld marschiert war.

Oder jenes berühmte SPD-Grußwort an die Vertriebenen aus dem Jahr 1963, in dem es dramatisch hieß: "Verzicht ist Verrat" - übrigens ohne daß man das damals schon als unglückliche Assoziation an Weimarer Kampagnen gegen linke "Erfüllungspolitik" empfunden hätte.

Die Haltung der Parteien, eingeschlossen die FDP des Oberschlesiers Erich Mende, sorgte noch dafür, daß zentrale erinnerungskulturelle Maßnahmen, wie sie in der Gründerzeit der Bundesrepublik beschlossen worden waren, während der gesamten 60er Jahre unverändert Bestand hatten: vom Kulturparagrafen des Bundesvertriebenengesetzes über die ostkundlichen Empfehlungen für den Unterricht bis hin zu den Richtlinien des Städte- und des Landkreistages in bezug auf Patenschaften für ostdeutsche Regionen.

Erst nach 1969 sind diese Fundamente teilweise untergraben worden. Kein Wunder, denn zwischen den Parteien der SPD/FDP-Koalition und den Vertriebenenverbänden herrschte im Streit um die operative Umsetzung der "neuen Ostpolitik", vor allem um Moskauer und Warschauer Vertrag, zeitweilig geistiger Kriegszustand.

Manche Parolen von der rechten Peripherie der Landsmannschaften - Gefängnisstrafen für Verzichtpolitiker etc. - atmeten nationalistischen Geist; was dagegen die Politik der meisten ihrer demokratisch gewählten Sprecher angeht, so ist eines doch bei unvoreingenommener Würdigung unübersehbar: Auf dem Wege der sozialliberalen Ostpolitik wurde den Vertriebenen eine extreme Steilkurve angesonnen.

Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal.

Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein - erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie - mit Hartmut Bookmann zu reden - "die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten.

Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als "DJO - Deutsche Jugend in Europa",

um die "neuen Perspektiven" der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 - infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen - ohnehin verpflichtet. ...

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen - letztlich auch dieses mit Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock.

Indem damit sozusagen regierungsamtlich der Versuch unternommen wurde, eine neue Vertreibungsdebatte zu unterdrücken, waren die Zeichen der Zeit - von der großen Politik her - eindeutig auf Verdrängung gestellt, und die Folgen davon konnte man landauf, landab bis in die Dörfer der bayerischen Provinz hinein besichtigen, wenn etwa SPD-Kommunalpolitiker in einer mittelfränkischen Gemeinde den Antrag der CSU auf Errichtung symbolischer Wegweiser nach Königsberg und Stettin heftigst bekämpften und einen JU-Ortsvorsitzenden dessentwegen mit einem Brett vor dem Kopf karikierten.

Auch Meinungsumfragen förderten immer wieder zutage, wie groß die Bereitschaft in der bundesdeutschen Bevölkerung zwischenzeitlich war, den alten Osten, wie man sagte, abzuschreiben, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen oder auch das Münchner Abkommen von seiner langen Vorgeschichte seit 1919 abzukoppeln. ...

Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr - und insofern als eine Art *quantité négligeable* (Belanglosigkeit).

Ein deutschlandpolitisches Ereignis hat dieser Deutung noch zusätzlich Auftrieb gegeben: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961, die wohl größte mentale Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik.

Schien es jetzt nicht nötig, den alten deutschen Osten definitiv zu vergessen, um mittels dieses Opfers wenigstens die Option auf eine Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands mit Unterstützung der westlichen Schutzmächte langfristig zu wahren?

Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: "Am grünen Strand der Spree" etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes erhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren.

Ein weiteres kam hinzu: Der große gesellschaftliche Mahlstrom in Richtung problematischer Entspannung mit den kommunistischen Regimen, der aber - auf eine vertrackte Art - eben auch zur wünschenswerten Versöhnung mit den Völkern im Osten beitrug. Deren erschütternde Opfergeschichten während des Dritten Reiches rückten nunmehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit; so sehr, daß dies den Blick auf die spätere Täterrolle von Russen, Polen oder Tschechen mehr und mehr zu versperren begann, ja unter dem Tatbestand "Aufrechnung" unter politische Höchststrafe stellte.

Erst viel, viel später, 2002, erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner No-

velle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: "Niemals hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen."

Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinnerungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste.

Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert.

Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, "weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten" im deutschen Film kein "irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat". Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn "ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen" hätte.

Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden.

Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam - im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich geleistet.

Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat.

Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war.

Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenen-sprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, "den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso" rechtsstaatlich nachzugehen, wie sie "jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden".

Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungsverbrechen 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien.

Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren.

Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Katowitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Akten seien "bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten"; sie hätten in der Zwischenzeit trotz

eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter "an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten".

Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, "das größte Vertreibungs-geschehen der Weltgeschichte" (neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall), nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Hiatus (Spalt) ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde.

Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein totaler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften und im konservativen Spektrum der Unionsparteien pflegten, sei es noch aus revisionistischen, sei es aus rein erinnerungskulturellen Motiven das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Verdrängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zweifelsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. ...

Weder für unsere Nation noch für unsere östlichen Nachbarn wäre es gut, wenn die Deutschen ihre lange Geschichte im Osten Europas weiterhin ungefähr ebenso behandeln würden wie die Episode ihrer Kolonialherrschaft in Ostafrika. ...<<

01.06.1962

Israel: Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wird am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Adolf Eichmann (x051/140):
>>Eichmann, Adolf, geboren in Solingen 19.3.1906, gestorben in Ramle bei Tel Aviv 1.6.1962 (hingerichtet), SS-Obersturmbannführer (9.11.41); aufgewachsen in Linz (Oberösterreich), abgebrochenes Maschinenbaustudium, Arbeiter, Vertreter, Mitglied bei Wandervogel und Jungfrontkämpferbund.

Durch Bekanntschaft mit Kaltenbrunner kam Eichmann am 1.4.32 zur österreichischen NSDAP und zur SS. In Bayern machte er 1933/34 eine militärische Ausbildung bei der SS-Verfügungstruppe und trat als SS-Scharführer am 1.10.34 ins SD-Hauptamt ein, wo er im "Judenreferat" Auswanderungsangelegenheiten bearbeitete.

Die Erfahrungen – Eichmann verhandelte mit zionistischen Funktionären, hatte sogar ein wenig Hebräisch gelernt und war 1937 auf Inspektionsbesuch in Palästina – kamen ihm zustatten, als er im August 38 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien beauftragt wurde: In weniger als anderthalb Jahren trieb diese 150.000 österreichische Juden zur Auswanderung.

Die nächste Position brachte weniger "Erfolge": Die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die Eichmann im Oktober 39 in Berlin übernahm, verlor im Krieg ihre Bedeutung. Auswanderung wurde durch Deportation ersetzt, und auch hier war Eichmann führend beteiligt: Seit Dezember 39 im RSHA, Amt IV, Referat IV D4 für "Auswanderung und Räumung", dann im Referat IV B4 für "Judenangelegenheiten und Räumung" zuständig, wurde Eichmann zur zentralen Figur der Deportationen von über drei Millionen Juden aus dem gesicherten deutschen Machtbereich in die Vernichtungslager im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage.

Er besuchte Auschwitz, drängte verbündete Regierungen zur Auslieferung ihrer jüdischen Bürger, verhandelte mit Joel Brand über den – gescheiterten – Freikauf ungarischer Juden (1944) und organisierte auch vor Ort Transporte in die Todesfabriken.

Dennoch als v.a. Schreibtischtäter wenig bekannt, konnte Eichmann 1946 aus amerikanischer

Gefangenschaft fliehen, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien entkommen und dort untertauchen (falscher Name u.a. Richard Klement); sogar der Nachzug der Familie gelang ihm. Israelische Geheimagenten spürten ihn schließlich auf und entführten ihn nach Israel, wo er in einem aufsehenerregenden Verfahren (2.4. bis 11.12.61) vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt wurde.<<

03.07.1962

Algerien: Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle entläßt Algerien nach 132 Jahren Besatzung am 3. Juli 1962 in die Unabhängigkeit (x175/558).

05.09.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1962) berichtet am 5. September 1962 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>**Tötet, tötet, tötet**

Vor bald zwei Jahren, am 25. November 1960, gab der Münchner Kindler Verlag im "Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" bekannt:

"Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des 'Julio Jurenito' und des 'Tauwetters', war stets groß - und umstritten ... Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze."

Der letzte Satz dieser Annonce erwies sich als voreilig: Erst jetzt, zwanzig Monate nach der Börsenblatt-Ankündigung, lieferte Kindler die Ehrenburg-Memoiren an den deutschen Buchhandel aus.

Erst jetzt können auch deutsche Leser - nach Russen, Engländern, Franzosen, Italienern und Dänen - zur Kenntnis nehmen, wie der heute 71jährige Stalinpreisträger, Weltfriedensrat-Vizepräsident und Rubelmillionär seinen nach eigenem Wort "an Schleifen reichen" Lebensweg interpretiert.

Ehrenburg, "In unserer Jahrhunderthälfte wechselten gar zu häufig die Bewertungen von Menschen und Ereignissen. ... Gedanken und Gefühle fügten sich unwillkürlich dem Einfluß der Umstände. ... Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung."

Selbsterhaltung hat Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, den sein Landsmann und Kollege Wladimir Majakowski einen "verschreckten Intelligenzler" nannte, stets vortrefflich zu üben gewußt. Dem Einfluß der Umstände hat er sich selten verschlossen.

Als die Weltwirtschaftskrise 1929 außer vielen anderen Unternehmen auch das literarische Ehrenburg-Geschäft im Westen ruinierte, kehrte der kosmopolitische Montparnasse-Habitué aus dem geliebten Paris, in dem er, mit Unterbrechungen, seit 1909 zu Hause war, in das von ihm vorher durchaus kritisch beurteilte Reich Stalins zurück, wo ihm staatlich dirigierte Großaufträge winkten. Die revolutionäre Epoche der Sowjetkunst wurde liquidiert: Majakowski beging Selbstmord, Isaak Babel verschwand - er wurde wahrscheinlich umgebracht -, und Ehrenburg erkannte, daß "nicht alles (so) kommt, wie man es sich gedacht hat". Er schrieb schlechte, aber linientreue Bücher und überlebte.

In seinem Roman "Der Fall von Paris" (1941) verschwieg er den Pakt Stalins mit Hitler; sein enthusiastisches Lob Titos in dem Roman "Sturm" (1947) ließ er aus späteren Auflagen entfernen. Im Krieg appellierte er an die Verbundenheit aller Juden der Welt und forderte sie zur Unterstützung der Sowjet-Union auf, nach dem Krieg attackierte er in der "Prawda" Zionisten und "heimatlose Kosmopoliten". 1952 ließ Stalin mehrere russische Schriftsteller jiddischer Sprache töten - der russisch-jüdische Schriftsteller Ehrenburg überlebte auch Stalins Antisemitismus.

Nach Stalins Tod war Ehrenburg termingerecht mit der Erzählung "Tauwetter" zur Stelle. Heute widmet er sich der Rehabilitierung lang verfemter russischer Schriftsteller. "Ehrenburg", so urteilte der amerikanische Literaturhistoriker Gleb Struve, "spielte fast zu allen Zeiten die Rolle des offiziellen Stimmungsbarometers" in der Sowjet-Union.

"Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit", erkennt der überlebenstüchtige Memoiren-Autor heute. "Ich blieb am Leben."

Begründung: "Weil es Zeiten gibt, da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie, sondern einem Lotteriespiel gleicht."

Autobiograph Ehrenburg memoriert, teils geist- und aufschlußreich, teils flüchtig generalisierend, seine Begegnungen oder Freundschaften mit Picasso und Pasternak, Majakowski und Modigliani, Joyce und Jessenin, Lenin und Leger und vielen anderen Zelebritäten des Jahrhunderts. Er preist Paris ("Diese Stadt hat mich überwältigt") und schmäht das Berlin der zwanziger Jahre ("Apostel des Amerikanismus"). Künstlerisch liberal, politisch stets linientreu, verteidigt er Picasso gegen das Banausentum des "sozialistischen Realismus", lobt er Picasso, weil auch "1956" - gemeint ist das sowjetische Eingreifen in Ungarn - nichts dessen "Vertrauen in die Sowjet-Union erschüttern konnte".

Der erste Band der Ehrenburg-Erinnerungen, den der Kindler Verlag jetzt an die Buchhandlungen auslieferte, reicht bis zum Jahr 1934. In der Moskauer Zeitschrift "Nowy Mir", die seit 1960 die Memoiren vorab druckt, sind unlängst bereits Ehrenburgs Aufzeichnungen über die späteren Jahre des Stalin-Terrors bis zum Kriegsausbruch erschienen. Kindler will diese Kapitel später ebenfalls veröffentlichen.

Daß sich die Publikation des ersten Ehrenburg-Bandes in Deutschland verzögerte, hat seinen Grund: Der Sowjet-Autor ist deutschen Lesern weniger als Verfasser des satirisch-anarchistischen Romans "Julio Jurenito" (1922) und der antistalinistischen Erzählung "Tauwetter" (1954), auch nicht so sehr als Freund Picassos und Fürsprecher künstlerischer Liberalisierung in der Sowjet-Union bekannt, sondern vielmehr als angeblicher Urheber eines Aufrufs zur Schändung deutscher Frauen. Ehrenburg soll gegen Ende des Krieges die Sowjet-Soldaten angespornt haben:

Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!

Ehrenburg - hat seine Urheberschaft an derlei Aufrufen mehrfach bestritten, so gegenüber dem SPIEGEL: "Wenn jemand - beweist und zeigt, wo ich das geschrieben habe - die Frauen zu vergewaltigen -, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor den Überresten Hitlers. Ich habe das niemals geschrieben. Ich bin kein umgekehrter Rassist."

Mindestens seit zehn Jahren, seit der Autor Walter Görlitz den Schändungsaufruf in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" zitierte und kommentierte " (Ein Aufruf, der alle Verstöße - gegen das Völkerrecht, - welche sich das nationalsozialistische Regime hatte zuschulden kommen lassen ... in seiner Scheußlichkeit verblassen ließ)", wird dieser Text dem Sowjet-Autor Ehrenburg in Deutschland immer wieder öffentlich angelastet. Als Görlitz-Zitat wird er auch im "Internationalen Biographischen Archiv" angeführt, dem sogenannten Munzinger-Archiv; das viele deutsche Zeitungen als biographische Auskunftsource benutzen.

Kindlers Ehrenburg-Publikation ließ den Schändungsaufpell jetzt wiederum in deutschen Zeitungsspalten auftauchen. Einige Blätter zitierten den Text in oder zu ihren Rezensionen der Autobiographie. Lingenbrink, eine der größten westdeutschen Kommissionsbuchhandlungen, die Buch-Einzelhändler beliefern, lehnte den Vertrieb der Ehrenburg-Erinnerungen unter Hinweis auf den Vergewaltigungsaufruf ab. Die "Deutsche Soldaten-Zeitung" beurteilte, ihrem Moralempfinden entsprechend, die Veröffentlichung der Memoiren sogar als einen "Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes".

Die "Zeit" fragte: "Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?" und ließ unter anderen den

Schriftsteller Martin Walser antworten: "Die Rote Armee mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genüge wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial-Einheiten in der Sowjet-Union vorwärts mordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen?"

Dem Verleger Helmut Kindler war die Ehrenburg zugeschriebene Vergewaltigungsparole bereits Ende 1960, auf seine Börsenblatt-Annonce hin, von empörten Konsumenten vorgehalten worden. Kindler trug den Protesten Rechnung:

Am 27. Januar 1961 ließ er im "Börsenblatt" wissen, "staatsbürgerliche Bedenken" hätten den Verlag bewogen, Ehrenburgs Äußerungen während des Zweiten Weltkrieges zu überprüfen und die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung der Memoiren vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig zu machen.

Der Münchner Verleger befand sich in ähnlicher Lage wie einige Monate vorher der Wiener Vizebürgermeister Mandl, der im April 1960 den Volkszorn zu spüren bekam, weil er Ehrenburg zu einem ostwestlichen Kulturmeeting in die österreichische Hauptstadt eingeladen hatte (SPIEGEL 16/1960).

Mandl verteidigte sich damals, indem er auf Ehrenburgs schon früher abgegebenes Dementi hinwies - Ehrenburg:

"Ich habe diesen Aufruf nie geschrieben. Ich fordere wen auch immer heraus, mir das Original einer russischen Zeitung, Zeitschrift oder sei es auch nur eines Flugblattes vorzulegen, in dem dieser schandbare Aufruf enthalten ist."

Ein Original des laut Görlitz millionenfach als Flugblatt verbreiteten Schändungsaufrufs war nicht aufzutreiben.

Ebenso unbeweisbar wie Ilja Ehrenburgs Urheberschaft blieb aber auch die Urheberschaft des NS-Propagandaministers an diesem Aufruf. Ehrenburg: "Ich wußte es schon während des Krieges, als Dr. Goebbels die geradezu teuflische Idee hatte, einen solchen Aufruf zu fabrizieren und ihn mit meinem Namen zu unterschreiben."

Hätte Goebbels wirklich den Aufruf zu Propagandazwecken erfunden, wäre der Text damals weidlich in der parteioffiziellen Presse ausgeschlachtet worden. Das Münchner "Institut für Zeitgeschichte" jedoch, das der Wiener Vizebürgermeister um Aufklärung gebeten hatte, konnte dem Hofrat Mandl nichts anderes mitteilen, als es schon 1957 dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Anfrage berichtet hatte: "Bemerkenswerterweise fanden wir den Aufruf auch nicht im Völkischen Beobachter, den wir von Juli 1944 bis April 1945 durchgesehen haben."

Auch in den beim "Institut für Zeitgeschichte" archivierten dokumentarischen Unterlagen, die der Schriftsteller und "Quick-Autor" Jürgen Thorwald für sein Buch "Es begann an der Weichsel" benutzt und dem Institut überlassen hatte, fand sich kein Beleg für die Schändungsparole.

Das Thorwald-Buch, 1950 im selben Steingrüben-Verlag erschienen, in dem 1952 "Der Zweite Weltkrieg" von Walter Görlitz herauskam, wurde von Görlitz erst kürzlich noch als Quelle für sein Ehrenburg-Zitat benannt. Tatsächlich aber kommt das Zitat, so wie Görlitz es anführt, in dem Thorwald-Bericht nicht vor. Thorwald erwähnt einen zwar ähnlichen, aber kürzeren angeblichen Aufruf Ehrenburgs:

Tötet, ihr Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!

Die von Görlitz zitierte Vergewaltigungsparole - "Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute" - fehlt bei Thorwald. Auf die Frage des SPIEGEL, woher er denn, wenn nicht von Thorwald, sein Ehrenburg-Zitat habe, erklärte der Weltkriegshistoriker und "Welt-Redakteur" ("Griff in die Geschichte") Walter Görlitz, möglicherweise habe er es dem nach Kriegsende erschienenen Buch "Im besiegten Deutschland" eines geflüchteten Rotarmisten namens Sabik Wogulow entnommen.

Diese Schrift soll, wie die "Deutsche Soldaten-Zeitung" schrieb, in russischer Sprache gedruckt worden sein und in russischen Emigrantenkreisen zirkuliert haben. Görlitz glaubt sich zu erinnern, sie deutsch gelesen zu haben. Vielleicht, erklärte der Historiker, habe er sein Zitat aber auch aus einem Zeitungsartikel.

Das Institut für Zeitgeschichte betreibt seine Ehrenburg-Forschung seit 1956: Damals fragte die Evangelische Akademie Loccum wegen der Schändungsorder an - ohne Erfolg.

Zwar wollen sich heute noch viele ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere fest daran erinnern, an der Ostfront einen Ehrenburg-Aufruf zur Vergewaltigung deutscher Frauen entweder in erbeutetem russischem Propaganda-Material gelesen oder aus sowjetischen Frontlautsprechern gehört oder durch die Vernehmung gefangener Rotarmisten erfahren zu haben. So schrieb ein ehemaliger Stabsoffizier der "Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte" Ende 1960 an das Bundesarchiv in Koblenz, das ebenfalls Ehrenburg-Recherchen betreibt:

"Ich erinnere mich genau, daß wir meines Erachtens verschiedene Flugblätter von Ilja Ehrenburg bei der Heeresgruppe Mitte bekommen hatten. Daß dabei von flachshaarigen, Frauen als 'Beute' die Rede war, steht außer Zweifel."

Indes, ein dokumentarischer Beleg für den Schändungsappell konnte bislang von niemandem beigebracht werden. Die Archivarin des "Instituts für Zeitgeschichte", Hildegard von Kotze, erklärt: "Wir haben uns an alle in Frage kommenden Institute, des In- und Auslandes, überhaupt an alle erdenklichen Stellen und Personen gewandt, aber wir haben bis heute nichts: über die Herkunft dieses Zitats gefunden."

Eine andere Auskunft konnte das Münchner Institut schließlich auch dem staatsbürgerlich besorgten Verleger Kindler nicht erteilen. Da auch alle anderen Stellen, die Kindler befragt hatte - unter anderem Bundesverteidigungsministerium, Bundespresseamt, Institut zur Erforschung der UdSSR, RIAS, Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Osteuropa-Institut, Harvard University und Wolfgang Leonhard -, die Urheberschaft Ilja Ehrenburgs an dem Schändungsaufruf nicht nachweisen konnten, mochte Kindler die Ehrenburg-Memoiren dem deutschen Publikum nicht länger vorenthalten, zumal inzwischen der Münchner Goldmann Verlag mit einer eigenen Übersetzung der Ehrenburg-Erinnerungen, verteilt auf mehrere Taschenbücher, Kindler zuvorkommen wollte.

So ungewiß also nach wie vor ist, ob Ilja Ehrenburg speziell zur Schändung deutscher Frauen aufgerufen hat, so wenige Zweifel bestehen andererseits, daß er die Rote Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" mit nicht gerade zimperlichen Parolen angefeuert hat.

Gewiß nicht als einziger Sowjet-Schriftsteller, aber doch wohl als einer der prominentesten, erfüllte er das Soll, das die Zeitschrift des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, "Literatur und Kunst", 1942 vorgeschrieben hatte: "Wie nie zuvor ist heute die aktivierende Funktion der Kunst von größter Wichtigkeit; sie besitzt die unschätzbare Fähigkeit, die Menschen zum Kampfe anzufeuern. ... Sie sollte zu einer Waffe in der Hand der Soldaten werden ... den Ruf nach Rache erschallen lassen."

Dieser staatlich vorgezeichneten Linie treu, aber wohl auch aus vollem Herzen, animierte der Literatur-Aktivist Ehrenburg die Sowjetkrieger zum Beispiel:

- "Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren."

- "Man muß hundert Deutsche töten, damit hundert andere sich besinnen ... Man muß zehntausend Deutsche töten, damit hundert Schwankende sich gefangen geben."

- "Der Deutsche hat kein Mitleid mit russischen Kindern, der Deutsche hat Mitleid nur mit sich selbst ... Man muß dem Deutschen zeigen, was der Krieg auf deutschem Boden bedeutet."

- "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen".

Ehrenburg zum SPIEGEL: "Als die Nazi-Armee in unser Land einfiel, dachten unsere Soldaten, daß die deutschen Arbeiter und Bauern gezwungen worden seien, daß nur die Generäle

gegen uns sind, daß man die Ankunft der Soldaten abwarten müsse, um sich gleich mit ihnen zu verständigen. Hätten wir in diesem Augenblick nicht erklären können, daß die Mehrzahl der Deutschen Hitler unterstützte, hätten wir unsere Armee nicht zum wirklichen militärischen Widerstand aufrufen können."

Ehrenburgs Kampf-Appelle wurden den Rotarmisten per Zeitung, Flugblatt und Rundfunk nahegebracht oder von Offizieren vorgelesen. Nach Auskunft eines DDR-Lexikons avancierte Ehrenburg damals zu einem "Lieblingsschriftsteller der Sowjet-Armee", und die Ostberliner Schriftstellerin Anna Seghers erinnerte zum 70. Geburtstag Ehrenburgs im "Neuen Deutschland" daran, "daß die Soldaten der Roten Armee aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten drehten".

Der Propagandist hat freilich auch den Undank des Vaterlandes zu spüren bekommen. Schon kurz vor dem Fall von Berlin - Stalin verkündete damals: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen" - wurde Ehrenburg vom Agitprop-Chef Georgij Alexandrow in der "Prawda" gerügt, seine Kriegsartikel seien "falsch konzipiert" und stellten "eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Faschismus und Rassenhasses" dar.

In drei je 400 Seiten starken Bänden mit dem Titel "Krieg" wurde dennoch Ehrenburgs Propaganda-Prosa, von 1942 bis 1944 gesammelt, in Moskau gedruckt. Aus diesen Bänden nahm unlängst die Münchener "Deutsche Soldaten Zeitung" das Material für eine selbstgerecht und ohne Rücksicht auf die Leistungen deutscher Besatzer im Osten kommentierte "Dokumentation über den größten Mordhetzer der Weltgeschichte: Ilja Ehrenburg".

Das rechtsradikale Blatt zitierte seitenlang drastische Stellen im Faksimile - etwa Ehrenburgs Mahnung: "Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, nichts außer dem einzigen Gedanken: die Deutschen zu töten. Sie alle zu töten. Zu vergraben."

Auch für die spezielle Geringschätzung, die Ehrenburg deutschen Frauen entgegenbrachte, finden sich in den "Krieg-Bänden" Beispiele. So schrieb Ehrenburg: "Gretchen ist die Muse des Raubes ... Wenn Hitler in einer Münchner Bierkneipe den Raub verherrlicht und sich damit brüstet, daß die Deutschen die Ukraine beraubten, dann spricht mit seinem Mund auch das blonde, Lockere, unersättliche Gretchen!"

Oder: "So wie die Fritzen sind auch die Gretchen. Für diese egoistischen, stumpfen Weibchen kann man kein anderes Wort finden als nur 'gewissenlos'. Natürlich singen sie sehr gern Romanzen über 'deutsche Liebe' und 'deutsche Treue', aber sie paaren sich mit dem ersten besten."

Solche und ähnliche Stilproben des Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der sich in seinen Memoiren über die verderbliche Wirkung nationaler Vorurteile verbreitet ("Friedliche Koexistenz ... ist ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit undenkbar"), reichten der "Deutschen Soldaten-Zeitung" aber noch nicht aus: In der vierten Folge ihrer Ehrenburg "Dokumentation" mischte sie unter die authentischen Ehrenburg-Zitate auch den Schändungsaufruf - freilich ohne Faksimile-Abdruck.

Auf Anfrage erklärte der Chefredakteur der "Soldaten-Zeitung", Dr. Gerhard Frey: Faksimiles der "Krieg-Buchseiten" seien nur anfangs veröffentlicht worden, in den späteren Folgen habe die Redaktion "aus Platzgründen und um den Leser nicht zu langweilen" darauf verzichtet. Für alle in der "Soldaten-Zeitung" veröffentlichten Ehrenburg-Texte, versicherte Dr. Frey, seien aber dokumentarische Belege vorhanden.

Der Beleg für den Schändungsaufruf jedoch war trotz intensiver Nachsuche in der Redaktion der "Soldaten-Zeitung" nicht mehr aufzufinden.<<

22.10.1962

Kuba: Die USA blockieren am 22. Oktober 1962 Kuba, um die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen zu verhindern (internationale Kubakrise).

US-Präsident Kennedy berichtet am 22. Oktober 1962 während einer Fernsehansprache

(x243/94): >>... Im Laufe der letzten Woche haben eindeutige Beweise die Tatsache erhärtet, daß derzeit auf dieser unterdrückten Insel (Kuba) mehrere Anlagen für Angriffsraketen errichtet werden. Der Zweck dieser Anlagen kann nur darin bestehen, die Möglichkeit eines Atomschlags gegen die westliche Hemisphäre zu schaffen. ...

Wir werden das Risiko eines weltweiten Atomkriegs nicht voreilig ohne Not eingehen, ... wir werden dieses Risiko aber auch nicht scheuen, falls es zu irgendeinem Zeitpunkt eingegangen werden muß. ...<<

Nach 6 dramatischen Tagen lenkt die UdSSR fast im letzten Moment ein. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow verspricht schließlich, die bereits errichteten nuklearen Raketenstützpunkte wieder abzubauen.

Das US-Magazin "Newsweek" berichtet damals über die dramatische Phase der Kubakrise (x073/292): >>... "Als ich zum Kommandoposten (des Pentagon = Gebäude im US-Verteidigungsministerium in Arlington/Virginia) hinunterstieg", erinnert sich ein Luftwaffenhauptmann, "hatte ich ein Gefühl wie nie zuvor. Ich fragte mich, ob ich je meine Frau und meine Kinder wiedersehen würde. Ich fühlte, daß wir dem Krieg nahe waren". ...

Unten auf dem Boden des Raumes kontrollierten 7 Offiziere und Sergeanten den Druckknopf zum Kriege – die Leitungen, die das weltweite Überwachungssystem mit dem Präsidenten, dem Verteidigungsminister und den vereinigten Stabschefs verbanden.

Ein Offizier und ein Sergeant trugen Pistolen vom Kaliber 38, gefährlich aussehende Dinger, mit abgeschnittenem, stupsnasigem Lauf und knöchernem Griff – Waffen, die ausschließlich dazu bestimmt waren, jedes Mitglied des Teams zu erschießen, das unter dem seelischen Druck zusammenzubrechen oder den Krieg in einer hysterischen Panik vom Zaune zu brechen drohte. 2 Offiziere trugen Schlüssel mit Plastikschildern um den Hals.

Sollte Präsident Kennedy das Sirensignal mit Defcon 1 (Verteidigungsfall) geben, dann würden sie die Schlüssel von ihren Hälsen lösen, getrennte Schlösser von einem roten 60 mal 15 cm großen Kasten öffnen, 12,5 Quadratzentimeter große Plastikbeutel herausnehmen, sie öffnen und an alle strategischen Luftstreitkräfte von Alaska bis Guam, von Spanien bis England einen gleichlautenden Befehl erteilen: "Kriegsausbruch!" ("Go to war!")

"Wir kamen ungemütlich nahe daran, die Sirenen zu hören", sagte letzte Woche ein Offizier, der in jenen Tagen im Kriegssaal saß.

"Wenn Chruschtschow den falschen Zug gemacht hätte und eine seiner Mittelstreckenraketen auf unser Land gefeuert hätte, würden die strategischen Luftstreitkräfte sofort losgeschlagen haben."

Die Meldeschirme im Kriegssaal zeigten in jener Woche, daß 90 B-52-Bomber, beladen mit 25- bis 50-Megatonnen-Bomben, ununterbrochen über dem Atlantik kreisten und auf den Angriffsbefehl warteten. Auf dem Boden standen weitere beladene B-52, 800 leichte B-47 und 70 modernste B-58 Hustlers startklar. 8 Polaris-U-Boote im Nordatlantik hatten ihre 128 Raketen auf Rußland gerichtet. Im Mittelmeer und im Gelben Meer standen an Deck der Flugzeugträger der 6. und 7. Flotte nukleare Bomber bereit. Und in den USA standen 102 Atlas, 54 Titan und 12 Minuteman (interkontinentale Raketen) auf ihren Startrampen.

Dann zuckte Chruschtschow zurück. Die Männer im Kriegssaal atmeten tief durch: die Welt konnte eine Weile weiterleben. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Blockade Kubas (x068/322-323): >>... Im Sommer 1962 beschlossen Chruschtschow und Castro russische Raketen auf Kuba zu stationieren. Nun hatten zwar bisher die USA schon viele solche Basen im Ausland installiert, noch nie aber die Russen. Als verstärkte Aufklärungsflüge über Kuba im Herbst den Bau von Boden-Luft-Raketenbasen einwandfrei erwiesen, entschloß sich Kennedy schnell, die Raketen so oder so verschwinden zu lassen. Fieberhaft suchte das Weiße Haus nach einer Lösung und entschied sich für eine Seeblockade,

um sowohl weitere Lieferungen zu verhindern als auch den Abzug bereits gelieferter Raketen zu erzwingen.

Am 22. Oktober brandmarkte Kennedy in einer Fernsehansprache an die Weltöffentlichkeit die Schaffung einer "nuklearen Schlagkraft gegen die westliche Hemisphäre". Er verlangte mit aller Entschiedenheit die Beseitigung der Bedrohung, den Abbau der Rampen, appellierte an Ministerpräsident Chruschtschow, "diesen Weg zur Weltherrschaft aufzugeben", und verhängte eine "Quarantäne" (ein milderer Ausdruck für Blockade, die eigentlich schon als Kriegshandlung gilt) für alle Waffenlieferungen nach Kuba.

Es war die gefährlichste politische Krise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ganze Welt befand sich in Erregung, man stand am Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges.

Bertrand Russell, der Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur (1950), nannte Kennedy "ruchloser als Hitler" und drahtete ihm: "Wir wollen keinen Massenmord. ... Stellen Sie diesen Wahnsinn ein". Chruschtschow bat er um weitere Entspannungsbemühungen und telegraphierte ihm: "Wir setzen unsere größte Hoffnung in ihre fortgesetzte Nachsicht"!

Der Kreml, durch die schnelle Entdeckung der Raketenbasen offensichtlich überrascht, gab seinen Willen zu einer friedlichen Regelung deutlich zu erkennen. Die in Kuba zunächst befindlichen sowjetischen Schiffe ändern ihren Kurs und drehen ab. Chruschtschow schreibt einlenkend an Kennedy. Dieser begrüßt postwendend "die Bekundung Ihres Wunsches, eine rasche Lösung zu suchen".

Chruschtschow macht zwei Angebote zum Abbau der Raketenbasen, entweder keine (amerikanische) Landung auf Kuba oder Entfernung der amerikanischen Raketenbasen in der Türkei. Kennedy entscheidet sich für das erste. Er verzichtet auf eine Invasion und bietet die Beendigung der Quarantäne an. Chruschtschow antwortet, daß die Waffen, "die Sie als offensiv bezeichnen", abgebaut und in die Sowjetunion zurückgebracht werden. Kennedy stimmt dieser Rückzug begreiflicherweise sehr zufrieden. Es ist der 28. Oktober ...<<

1962

BRD: Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schreibt im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1962 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x076/272-273, x069/208-209): >>Auf der Konferenz von Potsdam (Juli/August 1945) ... siegte die russische Auffassung von der deutschen Ostgrenze. Das Gebiet östlich der Oder und Neiße wurde nicht als Besatzungszone anerkannt, - wie die Westmächte ursprünglich gewollt hatten -, sondern unter polnische und das nördliche Ostpreußen unter russische Verwaltung gestellt. Die endgültige Regelung der Grenzen wurde einem später zu schließenden Friedensvertrag vorbehalten. ...

Die Westmächte hatten damit also ihre Zustimmung dazu gegeben, daß in den Gebieten östlich von Oder und Neiße "vollendete Tatsachen" geschaffen wurden. Die Bestimmung, daß der endgültige Verlauf der Grenze erst in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden sollte, war ein "papierener Vorbehalt".

Die Vertreibung der Deutschen erfolgte auch nicht in menschlicher Weise; vielmehr sind etwa 2 Millionen Deutsche aus diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1947 umgekommen. ...

Die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam bestimmen in ihren Inhalten wie in ihren Folgen die Entwicklung Deutschlands bis heute. Die Konferenz hat tiefer in das Leben unseres Landes eingegriffen als der Versailler Vertrag; ihre letzten Folgen sind heute nicht absehbar.

Die Grenzziehung im Osten und die Austreibung von 8,8 Millionen Deutschen schuf das Flüchtlingsproblem und trübt bis heute das deutsch-polnische Verhältnis so stark, daß eine Klärung der deutschen Beziehungen zu Polen bisher nicht stattgefunden hat.

Die Übereinkunft der 3 Mächte, daß die Gebiete bis zu einer endgültigen Grenzziehung in einem Friedensvertrag lediglich unter polnischer bzw. russischer Verwaltung stehen sollten, bestimmt heute den Standpunkt der deutschen Regierung. Doch wird die deutsche Forderung auf eine Neufestlegung der Grenze gegen Polen von den Alliierten nicht unterstützt.

Die Austreibung von fast 3 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer seit 1.000 Jahren von Deutschen bewohnten Heimat belastet bis heute das deutsch-tschechische Verhältnis. ...<<

>>... Die Angelsachsen versprechen, beim künftigen Friedensvertrag der Sowjetunion Königsberg und halb Ostpreußen zuzuerkennen. Sie nehmen auch hin, daß Stalin in der Zwischenzeit die deutschen Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße den Polen zur Verwaltung gegeben hat, behalten jedoch die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze der Friedenskonferenz vor.

Damals befinden sich noch Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie. Trotz der Atlantik-Charta beschließt die Konferenz, "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen deutschen Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Umsiedlungen, die stattfinden, in ordnungsgemäßer und menschlicher Weise vor sich gehen sollen".

Die genannten Staaten halten sich in keiner Weise an diese Beschlüsse. Die Austreibungen werden in der rücksichtslosesten Weise fortgesetzt. Im heutigen polnischen Machtbereich leben vielleicht noch 700.000 Deutsche (gegen 10,6 Millionen im Jahre 1938). ... Das Auslandsdeutschtum jenseits der alten Reichsgrenzen ist weitgehend vernichtet; von 2,1 Millionen Deutschen fehlt jede Spur.<<

1963

Man kann eine Idee durch eine andere verdrängen, nur die der Freiheit nicht.

Ludwig Börne, eigentlich Löb Baruch (1786-1837, deutscher Schriftsteller)

14.01.1963

Frankreich: Staatspräsident Charles de Gaulle erklärt am 14. Januar 1963 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/173-174): >>... (1961) stellte Großbritannien seinen Antrag um Aufnahme in den Gemeinsamen Markt. Es tat das, nachdem es sich vorher geweigert hatte, an der Gemeinschaft teilzunehmen, als diese sich noch im Aufbau befand, und nachdem es mit sechs anderen Staaten eine Freihandelszone geschaffen und schließlich – man darf das wohl sagen, denn es sei nur an die langwierigen Verhandlungen erinnert, die diesbezüglich geführt wurden – Druck auf die Sechs ausgeübt hatte, um zu verhindern, daß die Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes zur Durchführung gelangten.

Dann erst ersuchte Großbritannien, in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden, jedoch nach seinen eigenen Bedingungen.

Das stellt ohne jeden Zweifel für jedes der sechs Länder und auch für Großbritannien sehr weitreichende Probleme. Großbritannien ist ein Inselstaat, ausgerichtet auf die See. Es ist durch seinen Handel, seine Märkte und seine Versorgung an die verschiedenen, oftmals weit entlegenen Länder gebunden. Es ist in erster Linie ein Industrie- und Handelsstaat, der nur wenig Landwirtschaft betreibt. Er besitzt in all seinem Tun Gewohnheiten und Traditionen, die sehr ausgeprägt und eigener Art sind.

Kurzum, das Wesen, die Struktur und die Umstände, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden es weitgehend von den kontinentalen Staaten. Was soll man nun unternehmen, um Großbritannien mit seinen eigenen Lebens-, Produktions- und Handelstraditionen in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, so wie dieser nun einmal geschaffen wurde und wie er funktioniert?

Die Art der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Großbritanniens zum Beispiel – Einfuhr sehr billiger Lebensmittel aus Nord- und Südamerika und den ehemaligen Dominions bei gleichzeitiger beträchtlicher Subventionierung der englischen Landwirtschaft –, diese Art ist natürlich unvereinbar mit dem System, das die Sechs ganz natürlich für sich geschaffen haben.

...

Ich frage nochmals, wie kann man Großbritannien, so wie es ist, in dieses System einfügen? Man hat manchmal annehmen können, daß unsere britischen Freunde sich mit ihrem Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt so weit umstellen würden, daß sie sich alle Bedingun-

gen auferlegen würden, die von den Sechs schon akzeptiert wurden und praktiziert werden. Aber die große Frage ist und bleibt, ob Großbritannien sich gegenwärtig wie der Kontinent, und genauso wie dieser, in den Rahmen eines wahrhaft gemeinsamen Zolltarifs einfügen kann, ob es auf die Vorzugszölle gegenüber dem Commonwealth verzichten und aufhören kann, zu fordern, daß seine Landwirtschaft bevorzugt werden muß, ferner, ob es die Verpflichtungen für nichtig erklären kann, die es mit Ländern eingegangen ist, die seiner Freihandelszone angehören. Auf diese Frage allein kommt es an.

Man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig gelöst sind. Wird sie je gelöst werden? Großbritannien allein vermag darauf eine Antwort zu geben.

Die Frage ist um so berechtigter, als nach Großbritannien auch andere Staaten, die mit ihm in der Freihandelszone verbunden sind, aus den gleichen Gründen gern dem Gemeinsamen Markt beizutreten wünschen oder möchten. ...

Es ist vorauszusehen, daß der Zusammenhalt all dieser sehr zahlreichen und verschiedenartigen Mitglieder jenen Problemen nicht lange gewachsen wäre, und schließlich würde es dann zu einem Koloß von atlantischer Gemeinschaft kommen in amerikanischer Abhängigkeit und unter amerikanischer Führung, der die Europa-Gemeinschaft aufsagen würde.

Das ist eine Hypothese (Folgerung), die in den Augen gewisser Leute durchaus richtig sein mag, aber es ist nicht das, was Frankreich gewollt hat und will, nämlich eine ausgesprochen europäische Konstruktion.<<

28.01.1963

Frankreich: Die französische Regierung bricht am 28. Januar 1963 die Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft ab (x128/283).

13.03.1963

BRD: Der Rat der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) kommentiert am 13. März 1963 die NS-Verjährungsfrage (x129/168-169): >>Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortlichkeit der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welch mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschlaferte oder ungeschulte und irregeleitete Gewissen wie auch die Versuchlichkeit unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben.

Unabdingbar aber muß an der persönlichen Verantwortlichkeit jedes mit Befehlsgewalt über andere ausgestatteten Menschen festgehalten werden. In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.

An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist. ...

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten. ...<<

11.04.1963

Vatikan: Papst Johannes XXIII. bekräftigt am 11. April 1963 das Heimatrecht aller Menschen (x155/121): >>... (Wir) betrachten ... mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ständig die große in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge. - Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen.<<

19.06.1963

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (25/1963) berichtet am 19. Juni 1963:

>>**DRESDEN: Sodom in Sachsen**

Sieben Tage und acht Nächte lang stand die Stadt in Flammen. Ihre Menschen wurden verbrannt, erschlagen, vergiftet. Die berstenden Mauern begruben 135.000 Tote, 75.000 mehr als in Hiroshima.

Es war, wie es Mose im 19. Kapitel seines Ersten Buches beschreibt: "Da ließ der Herr Schwefel und Feuer regnen. ... vom Himmel herab und kehrte die Städte um und die ganze Gegend und ... was auf dem Lande gewachsen war."

Das Sodom lag in Sachsen. Den Part des alttestamentlichen Jehova spielte die Royal Air Force (RAF). In der Nacht zum Aschermittwoch, am 14. Februar 1945, warf sie 2.978 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Dresden.

Achtzehn Jahre nach dem Brand hat der britische Historiker und Journalist David Irving die "Anatomie dieser Tragödie" vorgelegt. Irving - Spezialität: der alliierte Bombenkrieg gegen Hitlers Großdeutschland - durchforschte britische Militärarchive, die Protokolle des Unterhauses, die Memoiren der englischen Luftwaffen-Gewaltigen und fuhr schließlich nach Dresden.

Das Ergebnis seiner Ermittlungen: Die Zerstörung Dresdens war ein sinnloser Terrorakt. Eine militärische Notwendigkeit für den Angriff bestand nicht: Dresden war weder ein Verkehrsknotenpunkt für Truppenverschiebungen noch ein Industriezentrum, in dem etwa kriegswichtige Waffen oder Geräte hergestellt wurden (David Irving: "The Destruction of Dresden").

Im Gegenteil: Die Deutschen waren von der Wertlosigkeit Dresdens als Bombenziel, der RAF so überzeugt, daß sie auf alle Vorkehrungsmaßnahmen verzichtet hatten.

Der ohnehin geringe Schutz der Stadt durch Flak entfiel zum Zeitpunkt des Angriffs völlig, da die Kanonen zur Panzerbekämpfung an die Ostfront transportiert worden waren.

Das "jungfräuliche Ziel" (Irving) war indessen überfüllt von Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die sich just Dresden als Ziel ihrer Flucht ausgesucht hatten, weil sie sich in Sachsens Hauptstadt vor Bombenangriffen der Alliierten sicher wähnten. Flüchtlinge, - meist Frauen und Kinder, da die Männer bis zum Schluß in der oberschlesischen Schwerindustrie arbeiten mußten - stellten denn auch das Hauptkontingent der Opfer.

Angesichts der katastrophalen Folgen des Angriffs für die Zivilbevölkerung bezeichnete der englische Historiker Sir Harold Nicolson die Zerstörung Dresdens als "ein Unternehmen, das unserer Geschichte nicht würdig war". Und im links-liberalen "New Statesman" schrieb der Labour-Abgeordnete Richard Crossman, während des Krieges stellvertretender Leiter der Abteilung "Psychologische Kriegführung" im alliierten Hauptquartier: "Die Zerstörung Dresdens ... war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Schuldigen hätten vor die Nürnberger Gerichte gestellt werden sollen, wenn dieses Gericht nicht zu einem Racheinstrument der Alliierten pervertiert wäre."

Die Schuldigen freilich sind achtzehn Jahre später kaum noch auszumachen. Irving: "Die Schande liegt irgendwo in England." Mit anderen Worten: Auch ihm ist es nicht gelungen, die Schuldfrage einwandfrei zu klären.

Nach Kriegsende hatten sich der ehemalige britische Premierminister Sir Winston Churchill, sein Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair und der Oberbefehlshaber der Bomberkommandos Sir Arthur Harris sowie dessen Stellvertreter, Sir Robert Saundby, energisch gegen den Verdacht der Urheberschaft des Angriffs auf Dresden gewehrt.

Sir Winston in seinen Memoiren: "Ich erklärte, daß die Bomber sich doch mehr auf militärische Ziele konzentrieren sollten."

Sir Archibald ließ im Unterhaus erklären ""Wir verschwenden keine Zeit auf reine Terror-Angriffe."

Sir Arthur ("Bomber-Harris") schweigt. Verbittert emigrierte der Luftwaffen-Veteran 1946 nach Südafrika. Die englische Regierung hatte ihn nicht in die offizielle Kriegsehrenliste aufgenommen. Sir Robert aber erinnert sich in seinem Vorwort zu Irvings Buch: "Der Befehl kam aus dem Luftfahrtministerium."

Tatsächlich gab es eher politische als militärische Gründe für die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt Sechs Wochen nachdem der deutsche Feldmarschall von Rundstedt in seiner Ardennen-Offensive die Westalliierten in Belgien zeitweilig zurückgedrängt hatte und wenige Tage vor Beginn der Jalta-Konferenz, auf der sich Stalin, Roosevelt und Churchill über die Aufteilung des Deutschen Reiches nach dessen Eroberung einigen wollten, war es der Roten Armee am 25. Januar 1945 gelungen, die Oder zu überqueren.

Churchill fürchtete um die westliche Verhandlungsposition. Seinem Luftfahrtminister Sinclair gab er Order, die RAF solle demonstrativ eine deutsche Stadt nahe der Ostfront angreifen. Es müsse deutlich gemacht werden, daß die sowjetischen Erfolge auch der aktiven Waffenbruderschaft der Westalliierten zu danken seien.

Sir Archibald erwiderte: Die erfolgreichen RAF-Angriffe auf deutsche Brennstofflager sollten tunlichst nicht unterbrochen werden. Außerdem wies der Minister seinen Premier darauf hin, daß die englischen Flieger bei Angriffen auf ostdeutsche Städte mehrere hundert Kilometer feindliches Gebiet überfliegen müßten.

Sir Winston tobte. Und Sir Archibald (Crossmann: "Er war nie für viel Zivilcourage bekannt") erließ Order, sich mit den Amerikanern über eine Bombardierung des Flüchtlingszentrums Dresden abzustimmen.

Die Wetterbedingungen für den langen Flug über Feindesland waren freilich ungünstig. Erst nach Beendigung der Jalta-Konferenz am 11. Februar würde, wie die Meteorologen der Bomberkommandos voraussagten, ein Angriff auf Dresden möglich sein. Damit aber hatte der Angriff sein politisches Ziel verpaßt, die Russen in Jalta mit der Schlagkraft der alliierten Luftwaffe zu beeindrucken.

Gleichwohl wurde der Befehl nicht storniert. Am 12. Februar schließlich meldeten die Wetterfrösche der RAF, am folgenden Tag würden die atmosphärischen Bedingungen einen Angriff auf Dresden ermöglichen. In Moskau informierte der amerikanische Militärattaché, Generalmajor Hill, die Sowjets von der Absicht der Anglo-Amerikaner, die Güterbahnhöfe Dresdens zu bombardieren. Die Russen, zu deren Operationsgebiet Dresden gehörte, zeigten sich gleichgültig.

Mittlerweile hatte Luftwaffenchef Harris seine Angriffspläne fertiggestellt. Die Attacke sollte in drei Wellen ablaufen. Die Rettungsarbeiten nach dem ersten Angriff würden durch den zweiten unmöglich gemacht werden. Überdies würde die Zerstörung der Telephon- und Telegraphenleitungen Dresdens durch den ersten Angriff jeden Versuch, die Stadt vor dem zweiten Angriff zu warnen, vereiteln. Ein dritter Angriff durch die Amerikaner sollte schließlich das Chaos vervollständigen.

Um 17.30 Uhr am 13. Februar starteten die ersten Einheiten der Zielbomber, deren Aufgabe es war, die zu bombardierende Fläche durch Zielwürfe abzustecken. Eine halbe Stunde später erhob sich die erste Welle - 244 Bomber vom Typ Lancaster - in die Luft.

Sie erreichte Dresden am 13. Februar, abends um 10 Uhr 10 Minuten und 30 Sekunden. Sie überflog eine nicht gewarnte Stadt. Denn der deutsche Luftwarndienst war überzeugt, daß Dresden als Angriffsziel wertlos sei. Nur die Bevölkerung von Leipzig war gewarnt worden, als die Flugzeuge immer tiefer nach Deutschland einflogen.

Von einer deutschen Luftwaffe konnte zu diesem Zeitpunkt des Krieges schon keine Rede mehr sein. Ein bei Dresden stationierter Nachtjagdverband erhielt den Startbefehl viel zu spät. Während sich die deutschen Jäger vom Typ Me 110 in die Höhe der englischen Maschinen kurbelten, fielen bereits die ersten Bomben.

Alles verlief "mit grauenvoller Präzision" (Irving). Der Zielbomber zum Kontrollflugzeug: "Die Bomben scheinen jetzt richtig zu fallen." Das Kontrollflugzeug zum Zielbomber: "Ja. Es sieht recht gut aus." Elf Minuten später, um 10.21 Uhr, funkten die Bomber ihren Heimatstationen: "Ziel erfolgreich angegriffen."

Die zweite Welle - 529 Lancaster erreichte Dresden um 1 Uhr 23 Minuten am 14. Februar. Für den Anflug benötigten die Maschinen keine Ortungsgeräte: Flammen wiesen ihnen bereits aus 70 Kilometer Entfernung den Weg.

Entsetzt beobachtete der Chefbomber den Feuersturm in der Stadt, den ein frischer Südwestwind noch begünstigte. Die Flammen behinderten freilich auch die Sicht auf das Zielgebiet. So steckte die zweite Gruppe ein zweites Zielgebiet ab. "Es war das erste Mal", erinnert sich ein britischer Flieger, "daß mir die Deutschen leid taten." Und ein jüdischer Pilot fügte hinzu: "Ich fühlte zum erstenmal Mitleid mit der Bevölkerung."

Sogar das britische Luftfahrtministerium war von dem Ausmaß der Zerstörung überrascht. Es erklärte in einem Kommuniqué, die Flammen seien nach dem zweiten Angriff über 300 Kilometer weit sichtbar gewesen. Die Engländer hatten über der Stadt 650.000 Brandbomben abgeworfen.

Am Morgen des 14. Februar folgte ein dritter Angriff, ausgeführt von der amerikanischen Luftwaffe. Mustang-Jäger schossen auf Flüchtlinge, die sich aus der brennenden Stadt zu retten suchten, auf Kraftwagen und sogar auf die ausgebrochenen Tiere des Dresdner Zirkus Sarasani.

Freilich: Die Briten und Amerikaner wurden ihres Erfolges nicht froh. Was Zeitungen aus neutralen Ländern über die Wirkung der drei Angriffswellen berichteten, wurde in der englischen Presse nachgedruckt. Der Bischof von Chichester, Bell, und der Labour-Abgeordnete Stokes protestierten öffentlich.

Luftwaffenminister Sir Archibald Sinclair ging zum Gegenangriff über. Er ließ im Unterhaus auf eine Frage des Abgeordneten Stokes antworten: "Es ehrt das Ehrenwerte Mitglied dieses Hauses nicht, wenn es hierher kommt und uns einreden will, eine Menge Luftmarschälle und Piloten säßen irgendwo und überlegten, wie sie möglichst viele deutsche Frauen und Kinder töten können."

Abermals wurde Dresden von den Westalliierten zum wichtigsten Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum und sogar zum Standort des deutschen Hauptquartiers befördert. Und ebenso rasch wurde die - falsche - Meldung verbreitet, der Angriff auf Dresden sei auf Bitten der Sowjets geflogen worden. Dabei hatte der Dresdner Bahnhof so wenig Schaden erlitten, daß drei Tage später der normale Verkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Die deutsche Führung nutzte den Angriff in ihrer Weise. In deutschen Rundfunksendungen für Großbritannien zählte der amerikanisch-irische Kollaborateur William Joyce ("Lord Haw-Haw") die Kunstschätze auf, die in Dresden zerstört wurden.

Dagegen die englische BBC: "In Dresden gibt's kein Porzellan mehr." ...<<

26.06.1963

West-Berlin: Der nordamerikanische Präsident John F. Kennedy besucht am 26. Juni 1963 während seiner Deutschlandreise auch West-Berlin.

Vor mehr als 300.000 Menschen bekräftigt Kennedy die US-Sicherheitsgarantien für Berlin ("Auch Ich bin ein Berliner! ...").

US-Präsident John F. Kennedy erklärt während seines 7stündigen Besuches in West-Berlin (x092/1.013): >>... Die Wahrheit verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge schauen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, und daß wir uns weigern, nur in Schlagwörtern zu denken.

Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, wie sie tatsächlich sind, ... nicht wie sie nach unseren Wünschen sein

sollten. ...

Der stolzeste Satz den man heute in der freien Welt sagen kann, heißt: Ich bin ein Berliner. ...
Deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu dürfen:

Auch ich bin ein Berliner!<<

08.07.1963

BRD: Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.

Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.

Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.

Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.

Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

15.07.1963

BRD: Egon Bahr (SPD-Politiker) spricht am 15. Juli 1963 während seiner "Tutzingener Rede" erstmals von einer "neuen Ostpolitik" (Wandel durch Annäherung).

UdSSR: Der spätere Staatspräsident Leonid Breschnew warnt am 15. Juli 1968 die Staaten des Warschauer Paktes in den sog. "Breschnew-Doktrin" (x058/413): >>... Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören.

Das sind nicht mehr nur ihre Angelegenheiten. ... Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben. ...

Die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft haben sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historische Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit unserer Völker in Gefahr geraten.

Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert ...<<

20.07.1963

Kamerun: Die EWG unterzeichnet am 20. Juli 1963 in Jaunde (Jaunde-Abkommen) ein Assoziierungsabkommen mit 17 afrikanischen Staaten und Madagaskar. Dieses Abkommen tritt am 1.6.1964 in Kraft.

12.09.1963

Belgien: Die EWG unterzeichnet am 12. September 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Türkei. Dieses Abkommen tritt am 1.9.1964 in Kraft.

26.09.1963

BRD: Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtet am 26. September 1963 über die Folgen von bisherigen Kernwaffenversuchen (x299/176): >>... In den Knochen gewisser in Schweden und Kanada lebender Rentiere ist das Drei- bis Vierfache der für den Menschen tödlichen Dosis von Strontium 90 und Caesium festgestellt worden. ...

Studien über die Auswirkungen von Atombombenexplosionen auf die Tierwelt haben ergeben, daß die Flechten, von denen sich Rentiere ernähren, besonders mit radioaktivem Material angereichert werden. Menschen, die das Fleisch von Rentieren verspeisen, könnten auf diese Weise ebenfalls eine tödliche Dosis aufnehmen.<<

10.10.1963

DDR: Am 10. Oktober 1963 stoppen die Sowjets an der Kontrollstelle Marienborn (Autobahn Frankfurt – Berlin) eine US-Militärkolonne von zwölf Lastwagen und lassen die US-Soldaten nicht weiter, weil sich der kommandierende US-Offizier weigert, die Begleitmannschaften zählen zu lassen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Berlin-Krise" im Oktober 1963 (x068/323-325): >>... Es war ein fast unscheinbarer Vorfall, der freilich erkennen läßt, daß Kennedys gefährlichste Gegner kaum in Moskau saßen. Nicht zufällig gingen nach seiner Ermordung auch in Rußland die Fahnen auf Halbmast. Noch nie zuvor war dies beim Tod eines westlichen Staatschefs geschehen. Doch es hatte sich allmählich herausgestellt, Kennedy war nicht vom Schlag der Truman und Dulles, die seit dem Zweiten Weltkrieg, eineinhalb Jahrzehnte lang, eine Politik am Rande des Krieges führten, bereit dazu, auch das Inferno eines Nuklearkrieges in Kauf zu nehmen, mit immer grauenerhafteren Vernichtungsmöglichkeiten.

Suchte Kennedy wirklich Entspannung? Wirklich eine Beendigung jener von den USA seit 1945 betriebenen Politik, die nur mit einem globalen Fiasko enden konnte?

Es gibt Anzeichen dafür. So schrieb er am 10. Oktober 1962 an Chruschtschow: "Wir sollten nachdrücklich um die Frage bemüht sein, ob wir uns nicht auf umfassendere Maßnahmen der Abrüstung einigen und sie möglichst bald realisieren können. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird bereit sein, diese Fragen in aller Kürze und im konstruktiven Sinne zu besprechen ..."

Und wenig später, am 14. Januar 1963, bekennt er in seiner Botschaft an die Nation: "Wir erstreben keinen weltweiten Sieg einer Nation oder eines Systems, sondern einen weltweiten Sieg des (vernünftigen) Menschen. Der heutige Erdkreis ist zu klein, die Waffen sind zu vernichtend und die Wirren zu verderblich, um einen anderen Sieg zuzulassen."

Es blieb auch nicht bei Worten. So unterzeichneten die Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens ein allerdings schon jahrelang vorbereitetes Abkommen über die wenigstens teilweise Beendigung der Kernwaffenversuche unter Wasser, über der Erde und im Weltraum. Der Vertrag, der freilich unterirdische Versuche ebenso ausklammert wie das Problem der Kontrolle, wurde am 5. August in Moskau geschlossen und trat am 10. Oktober in Kraft.

Just an diesem Tag aber, als das Teststopp-Abkommen in Washington ratifiziert, somit ein wichtiger Schritt zur Entspannung getan worden war, geschah ein zwar kleiner, doch weltweites Aufsehen erregender Versuch, Kennedys neue Politik zu stören.

Am 10. Oktober bewegte sich eine Kolonne von zwölf amerikanischen Lastwagen mit etwa sechzig Mann auf der Autobahn von Frankfurt nach Berlin. Doch an der Kontrollstelle Marienborn stoppten sie die Russen und ließen sie nicht weiter. Es bestand nämlich ein von allen Seiten beobachtetes Gewohnheitsrecht, wonach wenige Wagen, etwa fünf, formlos passieren durften, bei mehr aber die Hinterklappen heruntergelassen werden mußten, damit die Russen die Begleitmannschaften zählen konnten. Diesmal aber weigerte sich der kommandierende

US-Offizier, dem üblichen russischen Ersuchen zu entsprechen, er würde sonst seines Kommandos enthoben werden.

Die gesamte westliche Presse tobte am nächsten Tag gegen die Russen. "Sowjets brechen Vereinbarungen." "Neue Berlin Blockade." Kennedy war diskreditiert. Und das wollte man. Seine Verhandlungen mit Rußland, seine Entspannungsbemühungen sollten gestört werden. Der Präsident erwartete im Weißen Haus gerade den sowjetischen Außenminister Gromyko, als ihn sein eigener Außenminister Rusk über den Zwischenfall von Marienborn unterrichtete. Der Präsident soll geschäumt haben vor Wut.

Dann gab er durch einen direkten Telefonanruf beim amerikanischen Oberkommando in Westdeutschland die Anweisung zur augenblicklichen Beilegung des Zwischenfalls, wobei man das "Gesicht" zu wahren wußte, angeblich eine Anregung Kennedys selbst. Die Mannschaften stiegen aus, biwakierten am Straßenrand, konnten dabei von den Russen gezählt werden und setzten, zwei Tage später, ihren Weg nach Berlin fort.

Was stand dahinter?

Der Zwischenfall in Marienborn war eine gewollte Provokation der Generäle im US-Hauptquartier, insbesondere des Generals Lucius D. Clay. Er war als Organisator der Luftbrücke bei der Berlin-Blockade 1948 in Deutschland gefeiert und weit hinaus berühmt geworden. Er war ein entschiedener Gegner der Entspannungspolitik. Und er war ein entschiedener Gegner Kennedys. Ja, man versuchte sogar, Clay als Gegenkandidaten zu Kennedy für die Präsidentschaftswahlen 1964 aufzustellen.

Hinter diesem auch von deutscher Seite unterstützten Unternehmen stand ein hundertköpfiges Komitee, das der einstige US-Abgeordnete Hamilton Fish anführte, den schon vor dem Zweiten Weltkrieg und während dieses Krieges Hitler benutzt hatte. Daß Kennedy durch seinen Gegenschachzug den Marienborner Zwischenfall so schnell und elegant in den Griff bekam, erregte nicht wenige Kreise in Deutschland und den USA: im Pentagon, FBI, in der CIA, nicht zuletzt natürlich in der Finanzwelt und Industrie. Kennedy, schrieb die Herald Tribune, habe vor den Russen kapituliert und derart "das Herz jedes amerikanischen Bürgers zum Bluten" gebracht.

Im nächsten Monat wurde er ermordet.<<